

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

29.06.2021

Inhalt

EWN

1 Wirtschaft macht ihre Forderungen an Landespolitik auf <i>Nordkurier - Neubrandenburger Zeitung Stargard, 29.06.2021</i>	3
2 Die Geschichte des KKW Rheinsberg <i>Ruppiner Anzeiger, 29.06.2021</i>	4
3 Atom-Müll in der Altmark ist nicht gewollt <i>Klötzer Volksstimme, 29.06.2021</i>	6

Wirtschaft macht ihre Forderungen an Landespolitik auf

Die Landtagswahl im September wird von Handel, Industrie und Handwerk genutzt, um Positionen klar zu machen. Denn nach der Corona-Zeit sieht die Wirtschaft viele Baustellen.

Schwerin. Drei Monate vor der Landtagswahl in *Mecklenburg-Vorpommern* haben die Kammern von Handwerk, *Industrie* und Handel ihre Erwartungen an die Parteien formuliert. In den Forderungskatalogen werden weitere staatliche Hilfen bei der Überwindung der Folgen der Corona-Pandemie verlangt, bessere Rahmenbedingungen für Mittelstand und *Industrie* sowie ein spürbarer Bürokratieabbau.

„Es geht immer darum, die entsprechende Infrastruktur in einem Land so zu entwickeln, dass sie in allen Landesteilen auch Schritt hält“, betonte Matthias Belke, Präsident der *Industrie-* und Handelskammer Schwerin. Besonders wichtig seien dabei eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur und der flächendeckende Ausbau des Breitband- und des Mobilfunknetzes.

Die drei *Industrie-* und Handelskammern des Landes legten gestern einen 14 Punkte umfassenden Katalog mit ihren *wirtschaftspolitischen* Forderungen zur Landtagswahl im September vor. Es müsse darum gehen, den *Wirtschaftsstandort Mecklenburg-Vorpommern* zu stärken und bei Investoren im In- und Ausland bekannter zu machen, hieß es. Der Neubrandenburger Kammerpräsident Wolfgang Blank forderte eine noch engere Verknüpfung von Hochschulen und Forschungseinrichtungen mit Unternehmen im Land, um die Innovation voranzutreiben. Als Land, das bereits deutlich mehr Ökostrom produziere als es verbrauche, verfüge *Mecklenburg-Vorpommern* zudem über ein großes Potenzial für Neuansiedlungen, sagte Blank unter Hinweis auf erste Projekte zur Wasserstofftechnologie.

Rostocks Kammerpräsident Klaus-Jürgen Strupp warnte davor, den vielfach von der Corona-Krise gebeutelten Unternehmen weitere Lasten aufzuerlegen. Wie seine Amtskollegen und auch die Präsidenten der beiden Handwerkskammern im Land forderte Strupp

einen drastischen Bürokratieabbau. Die neue Landesregierung müsse bürokratische Hürden so weit wie möglich reduzieren und damit auch das Unternehmertum wieder interessanter machen. „Wir dürfen junge Start-ups nicht weglaufen lassen, sondern müssen ihnen die Möglichkeit geben, sich hier im Lande zu entwickeln“, betonte Strupp.

Handwerk sieht den Berufsnachwuchs in Gefahr

Auch das Handwerk fordert in seinen 32 Punkte umfassenden „Wahlprüfsteinen“ Unterstützung bei Digitalisierung und Innovation sowie Programme zur Sicherung des Berufsnachwuchses. In der Corona-Pandemie sei die Systemrelevanz des Handwerks deutlich geworden. Die Betriebe hätten das Land am Laufen gehalten und seien bedeutende Arbeitgeber und Ausbilder. „Deshalb muss unser *Wirtschaftsbe- reich* als Rückgrat des Landes MV weiter gestärkt werden“, hieß es.

Die Handwerkskammern unterstützen die IHK-Forderungen nach mehr Qualität und Verlässlichkeit in der Bildung. Der Lehrermangel an Berufsschulen und die Defizite bei der technischen Ausstattung sollten rasch behoben, die Berufsausbildung insgesamt sollte aufgewertet werden. Über Praktika sollten Schüler frühzeitig an das Handwerk herangeführt und über die beruflichen Entwicklungsmöglichkeiten informiert werden.

Planungs- und Genehmigungsverfahren müssten verkürzt, die Förderinstrumente vereinfacht werden. Die bürokratische Belastung der Betriebe sei auf ein nicht mehr erträgliches Maß gewachsen, beklagten die Kammerpräsidenten Axel Hochschild (Ostmecklenburg-Vorpommern) und Uwe Lange (Schwerin). Neue Gesetze dürften nur noch beschlossen werden, wenn alte abgeschafft würden, forderten sie.

Die Geschichte des KKW Rheinsberg

Ökologie: Zur Technikgeschichte des Kernkraftwerks Rheinsberg gibt es bereits Veröffentlichungen. Doch nun haben sich Studierende der TU Berlin und der MHB gemeinsam des Themas angenommen. Von Elisabeth Voigt

Eigentlich sollte eine Ausstellung entstehen. Dr. Andreas Jüttemann arbeitete zu Beginn der Corona-Pandemie an der Technischen Universität Berlin (TUB). Die Hochschulrektoren-Konferenz hatte das Projekt „Kleine Fächer sichtbar machen“ ausgeschrieben. Technikgeschichte – das Fach, das Jüttemann unterrichtete – war so ein Spezialthema. Gemeinsam mit seinen Studierenden entwickelte er die Idee, sich mit einer Ausstellung über das Kernkraftwerk *Rheinsberg* an der Ausschreibung zu beteiligen.

Im Masterseminar „Geschichte und Zukunft der Technik“ wollten die Studierenden und Dozenten interdisziplinär in die Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft der Kernenergie eintauchen. Es sollte um Bau, Betrieb, Stilllegung und *Rückbau* gehen, um ökologische und medizinische Auswirkungen und schließlich um alternative Energieformen für die Region.

Seminar mit Zeitzeugen

„Geplant hatten wir eine Exkursion nach *Rheinsberg* und eine Ausstellung im dortigen Haus der Stadtgeschichte. Dann kam Corona, und es wurde ein virtuelles Seminar mit Experten und Zeitzeugen daraus, das in ein Buchprojekt mündete“, beschreibt Jüttemann das Geschehen. „Kernkraftwerk *Rheinsberg*. Geschichte und Zukunft einer Technik“ heißt das entstandene Buch, das von ihm und seinem Kollegen Martin Schlecht herausgegeben wurde. Geschrieben haben es 28 Autorinnen und Autoren aus verschiedenen Disziplinen. Zusammengefasst sind Themen zur Geschichte, zur Umwelt, zur Medizin, zum Tourismus und zum Ausstieg aus der Kernenergie. Jüttemann hat ein Kapitel zur Geschichte der Kernreaktoren in Berlin und Brandenburg beigesteuert.

MHB-Studenten begeistert

Während das Projekt an der TUB noch lief, wechselte Jüttemann zur Medizinischen Hochschule Brandenburg (MHB) in Neuruppin. Der Dozent interessiert sich für den Menschen in seinem urbanen und technischen

Umfeld. „Ursprünglich habe ich Psychologie und Urbanistik studiert“, erzählt er. „An der TUB habe ich Wissenschafts- und Technikgeschichte unterrichtet. Als ich im Laufe des Semesters an die MHB gewechselt bin, um mich dort der Medizingeschichte Brandenburgs zu widmen, habe ich die MHB-Studierenden ebenfalls für das Projekt zum Kernkraftwerk *Rheinsberg* begeistern können.“

So entstand das interdisziplinäre Team. Die MHB-Studierenden konnten zum Beispiel die Auswirkung der Strahlung auf den menschlichen Körper untersuchen, nach Auffälligkeiten im Krebsregister forschen oder den Strahlenschutz im *KKW Rheinsberg* beleuchten. „Wichtig war uns, das Buch allgemein verständlich und nicht zu wissenschaftlich zu halten“, sagt Jüttemann.

Versuchskraftwerk der DDR

Für das Haus der Stadtgeschichte in *Rheinsberg* sind zwei Plakate entstanden, die die verschiedenen Aspekte aufgreifen, die sich die Studierenden zusammen mit Zeitzeugen und Wissenschaftlern erarbeiteten – darunter die Technikgeschichte der Kernenergie, die Geschichte der Anti-*AKW*-Bewegung, Umwelt- und Strahlenschäden, die Problematik des *Rückbaus* und aktuelle Alternativen zur Stromerzeugung. Auch die Frage, ob Kernkraftwerke denkmalgeschützte Orte oder touristische Sehenswürdigkeiten sein sollten, wird erörtert.

„*Rheinsberg* war ein Versuchskraftwerk der DDR“, weiß Jüttemann. „Es war gemacht, um Leute auszubilden und die Technik zu erproben.“ Das 1966 in Betrieb genommene Kraftwerk hatte mit 70 Megawatt nur eine sehr kleine Leistung. „Potsdam konnte damit versorgt werden, mehr aber auch nicht“, erklärt der Experte. „Die DDR und die Bundesrepublik hatten bis 1955 einen Sperrvertrag für Kernenergie. Daher ging es darum, Erfahrungen mit der Technik zu sammeln.“

Mitten im Naturschutzgebiet

Dafür wählte man eine entlegene Gegend, ein Stück weit von *Rheinsberg* entfernt, am Stechlinsee. Im direkten Umfeld gab es keinen Ort, sodass niemand umgesiedelt werden musste. „Das Gebiet lag mitten im Naturschutzgebiet – das ist heute kaum denkbar“, berichtet Jüttemann. „Das *KKW Rheinsberg* hat mehr Strom und Geld gekostet als es je produziert hat. Aber man hatte den Westen um ein paar Monate überholt und war 1966 etwas schneller am Start.“ Das war entscheidend, denn die Sowjetunion sei ihren Liefer- und Beratungsverpflichtungen nicht nachgekommen.

Schaltwarte auf Geldschein

Ursprünglich war die Betriebszeit des *KKW Rheinsberg* bis 1992 verlängert worden. „Während einer Revisionsphase entschied man sich jedoch dafür, *Rheinsberg* zu einem Zeitpunkt abzuschalten, der zufällig in etwa mit der Wende zusammenfiel“, erklärt Jüttemann.

Die **EWN Rückbaugesellschaft** ermöglicht heute Füh-

rungen durch das *KKW Rheinsberg*, die gemeinsam mit Zeitzeugen durchgeführt werden. „Dabei kann man auch in die Schaltwarte gehen“, erzählt Jüttemann. „Sie ist zur Berühmtheit gelangt, weil auf dem Zehn-Mark-Schein der DDR eine junge Frau abgebildet war, die genau in dieser *Rheinsberger* Schaltwarte saß.“

Die Zukunft des *KKW Rheinsberg* ist noch nicht vollkommen geklärt. „Eigentlich bestand die Forderung, alles komplett bis zur grünen Wiese zurück zu bauen“, meint Jüttemann. „Aber es wäre auch wünschenswert, die historische Schaltwarte zu erhalten, die aus verschiedenen Gründen nicht vor Ort bleiben darf. Sie könnte ans Technikmuseum in Berlin überführt werden.“

Das Buch „Kernkraftwerk *Rheinsberg*. Geschichte und Zukunft einer Technik“ ist für zehn Euro in allen Buchhandlungen oder im Haus der Stadtgeschichte *Rheinsberg* erhältlich.

Atom-Müll in der Altmark ist nicht gewollt

Frank Kraskowski und André Homeyer machen gegen mögliches Endlager weiter mobil

Steimke/Jahrstedt/Wittingen (scm) • Deutschland sucht ein Endlager für *radioaktive* Abfälle. Bundesweit gibt es 90 Standorte, die dafür geeignet wären. Dazu gehört auch ein Salzstock zwischen Jahrstedt und Kunrau. In Betracht kommen aber noch weitere Teilgebiete in der Region, wie Ristedt, Poppau, Nettgau, Waddekath, Meßdorf, Lüge-Liesten, Bonese und dazu Wittingen, Vorhop und Wesendorf im benachbarten Niedersachsen. Vor allem der Steimker Ortsbürgermeister Frank Kraskowski und der stellvertretende Jahrstedter Ortsbürgermeister André Homeyer wollen es nicht so weit kommen lassen. Kraskowski rief bereits den Klötzer Stadtrat auf, sich zu positionieren, Homeyer bat die Einwohner darum, an den Fachkonferenzen, die wegen Corona bisher nur digital vonstaten gehen konnten, teilzunehmen und sich auf diese Weise auf dem Laufenden zu halten.

Ausstellung „suche: x“

Wie Kraskowski im Gespräch mit der Volksstimme informierte, hat er nun mit Homeyer und Vertretern einer Initiative aus dem Raum Beetzendorf eine Ausstellung des Bundesamtes für die Sicherheit der *nuklea-*

ren Entsorgung (BASE) in Wittingen besucht. Die trägt den Titel „suche:x“, ist noch bis zum 30. Juni in der dortigen Stadthalle zu sehen und beschäftigt sich mit der Endlagersuche. „Wir wollten uns mal schlau machen“, berichtete Kraskowski.

Geplant sei, dass die Ausstellung auch in Klötze und Beetzendorf präsentiert wird, damit sich die hiesigen Bürger mit der Materie vertraut machen können und wissen, worum es geht. „Spruchreif ist da noch nichts“, will der Steimker Ortsbürgermeister keine zu großen Erwartungen wecken.

Wie Homeyer bei der jüngsten Sitzung des Jahrstedter Ortschaftsrates sagte, müsse zum Ausdruck gebracht werden, dass ein Endlager in der Region nicht gewollt sei. Ideal wäre es, wenn sich dazu dies- und jenseits der Landesgrenze ein gemeinsamer Protest regt.

Bis 2031 will die Bundesgesellschaft für Endlagerung in einem mehrstufigen Verfahren den bestmöglichen Standort für das Endlager gefunden haben. Die Entscheidung trifft letztlich der Bundestag. Frühestens 2050 soll das Endlager, in dem *radioaktive* Abfälle dauerhaft eingelagert werden, betriebsbereit sein.